

nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Fragwürdige Argumente zur Cannabis-Freigabe

Richard Benda, Präsident Vereinigung Kriminaldienst Österreich (VKÖ)

Anscheinend führen die Gegner der Freigabe von Cannabis einen aussichtslosen Kampf. Immer mehr Menschen, immer mehr Länder sind für die Freigabe. Laut einer Umfrage des TV-Senders NTV sind bereits 80% der deutschen Bundesbürger dafür. In Colorado, so die Fama, sei die Freigabe eine einzige Erfolgsgeschichte. Doch wie wahr sind die Argumente der Befürworter der Freigabe?

Cannabis

Cannabis ist ein Sammelbegriff für Rauschmittel, die aus Hanfsorten der Gattung Cannabis gewonnen werden. Die getrockneten, meist zerkleinerten harzhaltigen Blütentrauben und blüthenahen, kleinen Blätter der weiblichen Pflanze werden Marihuana oder umgangssprachlich Gras genannt und nach dem Trocknen konsumiert. Das extrahierte Harz wird auch zu Haschisch oder Haschischöl weiterverarbeitet. In Europa ist Cannabis die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Hauptsächlich psychoaktiv ist das Cannabinoid Tetrahydrocannabinol (THC). THC beeinflusst unter anderem das Zentralnervensystem des Menschen. Es ist vorrangig für relaxierende, sedierende und antiemetische Wirkungen verantwortlich. (Wikipedia)

Krause Argumente

Es gibt Argumente für die Freigabe von Cannabis, die es eigentlich nicht Wert sind überhaupt darüber nachzudenken. So meint der Verein „Legalize it - Österreich“ dass in Österreichs Gefängnissen etwa 8'000 Häftlinge eingekerkert seien, die nach dem Suchtmittelgesetz bestraft worden sind. Sie alle seien eigentlich politische Gefangene. Eine gewagte Zahl bei insgesamt 23'601 Häftlingen (2013). Laut Sicherheitsbericht des Justizministeriums gab es 2013 5'379 Verurteilungen nach § 27 Suchtmittelgesetz (Konsum).

Einer Studie der Linzer Kepleruniversität nach werden ca. 50% Täter von Dro-

gendelikten nur zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt (Eine spezielle Statistik über Cannabiskonsumenten konnte nicht eruiert werden). 8'000 Suchtgiftkonsumenten in Österreichs Haftanstalten ist daher reine Phantasie, aber sie wird laut hinausposaunt und manche glauben es. Da das Verfahren gegen Konsumenten von Cannabis in der Regel eingestellt wird, ist es auszuschliessen, dass man als einfacher Konsument von Cannabis in Haft kommt. Krause Argumente und falsche Zahlen der Befürworter sollte man eigentlich nicht kommentieren, doch es gibt einige Argumente, die es doch Wert

sind, auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft zu werden.

Bei Menschen, die ihr Wissen alleine aus Tageszeitungen beziehen, greift am besten das Argument der Schmerzstillung durch Cannabis bei chronisch Kranken. Wie unmenschlich gegen die Schmerzstillung bei chronisch Kranken zu sein. Ohne statistische Unterlagen wage ich zu behaupten, nicht 1% der Haschischraucher braucht Cannabis aus gesundheitlichen Gründen. Wer es wirklich braucht, der könnte ja seinen Arzt konsultieren. In der Medizin ist seit Jahren bekannt, dass bei gewissen Krankheiten (z.B. Multiple Sklerose) eine Indikation durch Cannabinoide hilfreich ist. In Deutschland können zur Zeit 358 Personen Cannabis über Apotheken beziehen. Für eine medizinische Indikation ist ein gleichbleibender THC-Wert eine wesentliche Voraussetzung und der kann nur unter labormässigen Bedingungen garantiert werden. Es sind genügend Präparate (z.B. Sativex) auf dem Markt oder sie werden auch von Ärzten verschrieben. Wieso aber wollen die Konsu-



Die Kantonspolizei St. Gallen hat im Grossraum Wattwil-Ebnat-Kappel vom Frühling 2013 bis Sommer 2014 insgesamt 27 Hanfanlagen geräumt. Bei 30 Hausdurchsuchungen wurden nebst rund 3000 Cannabispflanzen, über 12 Kilogramm Marihuana und 1.4 Kilogramm Haschisch sowie Bargeld im Wert von über 41'000 Franken sichergestellt. 31 Personen wurden in ein Strafverfahren involviert. Insbesondere bei Indoor-Hanfanlagen wurde festgestellt, dass vielfach grosse Mengen von gesundheitsgefährdenden Düngemitteln eingesetzt wurden. Diese sind insbesondere für Konsumenten gesundheitsgefährdend, welche die Giftstoffe inhalieren. (Bild: Kapo St. Gallen)

Cannabis

menten unbedingt das Rauschmittel Cannabis rauchen und nicht in Tropfenform? Ganz klar, bei Einnahme von Cannabisersatzmittel in Tropfenform unterbleibt das Delirium.

Cannabis sei doch wesentlich gesünder als Alkohol oder Zigaretten, so ein weiteres Argument. Es habe schon viele Tote durch Alkohol und Nikotin gegeben, aber noch keinen wegen des Genusses von Haschisch oder Marihuana. Wieso Haschisch so gesund sein soll und Rauchen so ungesund, das konnte bisher niemand erklären, denn 95% eines Joints bestehen aus normalen Tabak. Ist erfreulich, dass diese Zumischung plötzlich aus einer Gesundheitsgefahr ein Genussmittel machen soll. Bis vor kurzem war man der Meinung, dass es so gut wie unmöglich sei durch eine Überdosis Cannabis zu Tode zu kommen, doch muss man auch diese Mär relativieren. Wissenschaftler in der Uniklinik Düsseldorf haben das Gegenteil festgestellt und den Tod von zwei Männern als von Cannabis verursacht dokumentiert und in „Forensic Science International“ veröffentlicht. Kiffen kann tödlich sein. Cannabis als Todesursache aber nicht, die Gesundheitsgefahr ist wohl unumstritten.

Das neueste Argument pro Freigabe ist der US-Bundesstaat Colorado. Plötzlich entdecken die Befürworter der Freigabe ihr Herz für den Finanzminister. 50 Millionen Dollar habe die Freigabe dem US-Bundesstaat gebracht, heisst es. Momentan vielleicht richtig, doch wie bekannt, gibt es Spätfolgen des Konsums, die erst in einigen Jahren sichtbar werden. Hunderte neue Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Mag sein, aber Arbeitsplätze auf Gesundheit anderer zu schaffen, ob das ein Argument ist? Wer zufällig anlässlich der Ski-Weltmeisterschaften den Bundesstaat Colorado aufsuchte, bekam auch die verschwiegenen Schattenseiten der Cannabisfreigabe zu sehen. Der Highway Nr. 6 wird, ob seiner vielen „Apotheken“ bereits „Green Mile“ genannt.

Der Traum vom biederen Kleinproduzenten, der für den Eigenbedarf produziert und nur den Überschuss weiterverkauft, hat sich in Luft aufgelöst. Ganze Ketten von „Apotheken“ die Marihuana anbieten sind entstanden. Die grösste Kette „Rocky Road“ hat bereits 127 lizenzierte Verkaufsstellen.

Big Business

Cannabisfreigabe ist big business geworden. Auch Werbung für gewisse Sorten ist schon vorhanden, so verspricht „Recreational Marijuana“ reine Entspannung und das Reisebüro „Colorado High-



Am Montag, 16.02.2015, um 03:20 Uhr, sind in einer Industriehalle in Altstätten zwei Männer durch Schüsse schwer verletzt worden. Zwei Schweizer wurden wegen Tatverdachts festgenommen. Aufgrund erster Erkenntnisse, muss sich der Vorfall in Räumlichkeiten innerhalb einer Industriehalle abgespielt haben. In weiteren Räumen der Halle entdeckten die Einsatzkräfte eine grosse, professionell betriebene Hanfindooranlage. Die genauen Zusammenhänge und Tatumstände sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen (Bild Kapo St. Gallen)

life“ bietet Kaffeefahrten zum Cannabisverkauf aus den Nachbarstaaten an.

Wer 21 Jahre ist, darf 28 Gramm Marihuana einkaufen, so das Gesetz in Colorado, doch wie oft jemand einkaufen geht und an wen er sein Kraut weitergibt, kann kein Mensch kontrollieren. Wer die endgültigen Verbraucher sind, davon kann man sich leicht überzeugen. Horden junger Menschen, sichtlich unter 21, lungern bei den Apotheken herum und kaufen, natürlich zu einem höheren Preis, was sie im Laden ob ihrer Jugend nicht erhalten. Da können die Verkäufer noch so argumentieren, dass sie sich streng an das Gesetz halten, ein Teil ihrer Kunden tut es nicht. Was ausserhalb des Geschäftes passiert, ist nicht ihre Sache. Eine Argumentation die wir schon aus den Niederlanden kennen.

Wer nichts legal bekommt versucht es eben auf illegale Weise. Die Einbrüche in Apotheken haben sich vervielfacht und manche Bewachungsfirmen weigern sich bereits Cannabisverkaufsstellen zu bewachen. Amerika weiss auch dafür eine kapitalistische Lösung, eine eigene Bewachungsfirma „CanaGuard Security“ übernimmt diese Aufgabe.

Argumente gegen Freigabe

Doch bleiben wir bei den alten Argumenten gegen eine Freigabe von Cannabis. Bis dato wird auf diese nicht eingegangen und nur die Positiven hervorgehoben. Man kann es nicht verbieten, es wird doch gekiffert, ist die nächste Argumentation. Bravo, gute Idee, alles freizugeben, was nicht zu verhindern ist, da könnte man die Strassenverkehrsordnung sofort zum Altpapier schmeissen. Mit 100 durchs Ortsgebiet und mit 200 auf Landstrassen wäre doch der logische nächste

Schritt, denn an Geschwindigkeitsbegrenzungen hält sich sowieso niemand. Übrigens Diebstahl wird seit Jahrhunderten erfolglos bekämpft, wie wäre es hier mit einer Freigabe?

Nächstes Argument: Wer legal Hasch erwerben kann, steigt nicht auf härtere Drogen um. Schwachsinn wie die anderen Argumente, wie man aus den Erfahrungen der Niederlande ersehen kann. Die Niederlande haben den Reigen der Länder die Cannabis legalisierten, eröffnet und was ist das Ergebnis? Dem Boom der Coffee-shops folgte bald die Ernüchterung. Natürlich wurde Cannabis auch an Jugendliche verkauft, natürlich kam es zu Drogentourismus und natürlich wurden in den Coffee-shops auch härtere Drogen verkauft. Klar, dass es Verkaufsstellen gab, die sich an die gesetzlichen Vorgaben hielten, doch einem Teil waren die gesetzlichen Vorgaben zu wenig gewinnorientiert.

Leider finden die Befürworter der Freigabe von Cannabis immer wieder prominente Fürsprecher. Selbst die New York-Times verteidigte die Freigabe in einem Leitartikel. Man mache gesetzestreue Bürger zu Kriminellen, nur weil sie genussfreudig sind, so die Meinung des Redakteurs. Ausserdem mache Cannabis relativ geringfügigere Probleme als Alkohol- und Tabakabhängigkeit. Kann schon sein, nur dass die Zahl der Psychosen bei Jugendlichen durch den Konsum von Cannabis deutlich gestiegen ist und die Verkehrsunfälle, die unter Cannabisinfluss verursacht wurden, stark angestiegen sind.

Schliesslich ist das Problem Genuss von Suchtmitteln ein soziales. Das Strafrecht als Lösung einzusetzen ist sicher nicht die beste Lösung. ●

Noch mehr Menschen auf der Flucht nach Europa

UNHCR bekräftigt seine Sorge über das Fehlen einer effizienten Such- und Rettungsoperation im Mittelmeer. Europas „Triton“-Mission ist nicht auf Suche und Rettung fokussiert und kann eine Krise dieses Ausmasses nicht bewältigen. Leben zu retten muss die Priorität der Europäischen Union sein. Mindestens 218'000 Flüchtlinge und Migranten haben 2014 die Fahrt über das Mittelmeer gewagt. Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend 2015 fortsetzt.

Pakistan, das 1,6 Millionen afghanische Flüchtlinge beherbergt, ist in absoluten Zahlen das grösste Aufnahmeland. Andere grosse Aufnahmeländer sind der Libanon (1,1 Millionen Flüchtlinge), der Iran (982'000), die Türkei (824'000), Jordanien (737'000), Äthiopien (588'000), Kenia (537'000) und der Tschad mit 455'000 Flüchtlingen. Im Verhältnis der Flüchtlingszahl zur Bevölkerung wird ersichtlich, dass der Libanon und Jordanien die meisten Menschen aufgenommen haben. In Relation zur Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes tragen Äthiopien und Pakistan die grösste Last.

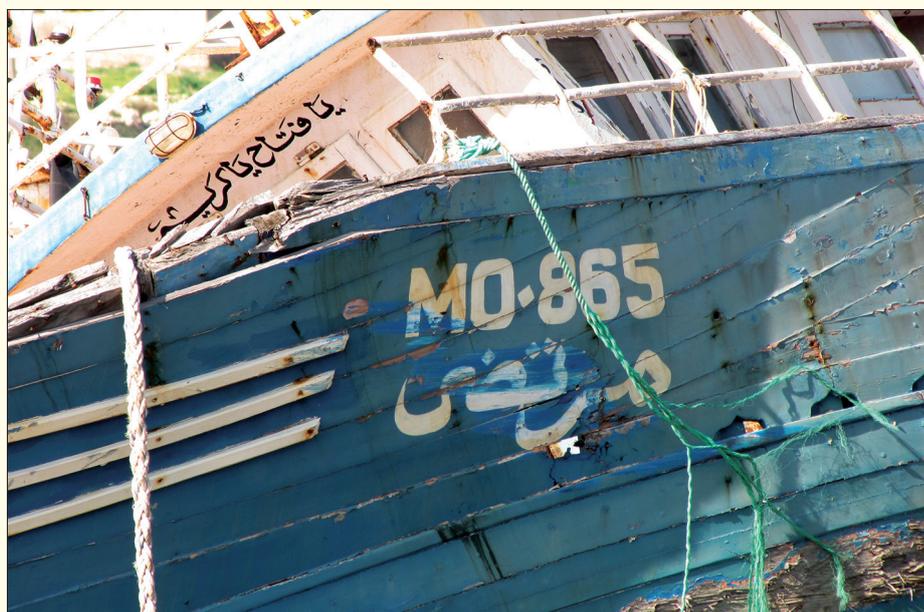
Die Zahl aller Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat hat Mitte 2014 13 Millionen erreicht. Das ist die höchste Zahl seit 1996. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Binnenvertriebenen, die UNHCR schützt und unterstützt, auf ein Hoch von 26 Millionen Menschen gestiegen.

"2014 hat sich die Zahl der Menschen unter unserer Obhut beispiellos erhöht. Solange die internationale Gemeinschaft aber versagt, politische Lösungen für bestehende Konflikte zu finden und den Ausbruch neuer Krisen zu verhindern, werden wir weiterhin mit den dramatischen humanitären Konsequenzen konfrontiert sein", so UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres. "Die ökonomischen, sozialen und menschlichen Kosten für die Unterstützung der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen wird hauptsächlich von armen Regionen und Gemeinden getragen, die es sich am wenigsten leisten können. Eine Verstärkung der internationalen Solidarität ist ein ‚Muss‘, wenn wir vermeiden wollen, dass mehr und mehr besonders schutzbedürftige Menschen ohne angemessene Unterstützung übrig bleiben."

Mittelmeerüberfahrten

Da die Meeresüberfahrten nicht regulär sind, sind Statistiken schwer zu vergleichen. Die vorhandenen Daten weisen aber darauf hin, dass die Anzahl der Überfahrten 2014 einen Höchstwert erreichte. Laut den Schätzungen der Küstenbehörden, den Informationen über bestätigte Zu-

rückweisungen und anderen Monitorings begaben sich seit Anfang 2014 weltweit mindestens 348'000 Menschen auf derart risikoreiche Fahrten. Historisch gesehen war Migration stets der Hauptfaktor, doch im 2014 stieg die Zahl der Asylsuchenden,



die die gefährlichen Überfahrten antraten, stark an.

Europa ist aufgrund seiner geografischen Lage mit dem Konflikt in Libyen im Süden, der Ukraine im Osten sowie den Kriegen in Syrien und Irak im Südosten gegenwärtig mit der grössten Anzahl an Bootsüberfahrten konfrontiert. Seit Anfang Januar 2014 überquerten mehr als 207'000 Personen das Mittelmeer. Selbst wenn nicht alle von ihnen Schutz benötigen, entspricht dies dem Dreifachen der Höchstzahlen des Jahres 2011, als der Bürgerkrieg in Libyen 70'000 Menschen in die Flucht trieb. 2014 machten erstmalig Menschen aus Flüchtlingsländern (vor allem Syrien und Eritrea) fast 50 Prozent der gesamten Bootsüberfahrten aus.

Neben der Mittelmeer-Route werden drei weitere Seewege von Migranten und Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen, benutzt. Bis Ende November 2014 überquerten am Horn von Afrika 82'680 Personen den Golf von Aden und

das Rote Meer. Dies waren hauptsächlich Flüchtlinge aus Somalia und Äthiopien, die in den Jemen oder auch weiter nach Saudi Arabien oder in die Länder des Persischen Golfs gelangen wollten. Schätzungen zufolge haben 2014 54'000 Menschen in Südostasien eine Meeresüberfahrt gewagt, um aus Bangladesch oder Myanmar nach Thailand, Malaysia oder Indonesien zu gelangen. In der Karibik haben mindestens 4'775 Menschen auf der Suche nach Asyl oder in der Hoffnung, der Armut zu entkommen, Boote bestiegen.

Bootstragödien

Viele Menschen sterben auf diesen Reisen oder werden Opfer eines organisierten Verbrechens. UNHCR verfügt über Informationen, die allein im Jahr 2014 genau 4'245 Todesfälle belegen. 3'419 dieser Todesfälle ereigneten sich im Mittelmeer, welches somit die lebensgefährlichste Route ist. In Südostasien starben Schätzungen zufolge 540 Personen beim Versuch den Golf von Bengalen zu überqueren. Weitere 215 Menschen kamen im Roten Meer und dem Golf von Aden ums Leben, während sich die Zahl der verstorbenen oder vermissten Personen in der Karibik seit Anfang Dezember auf 71 Menschen beläuft.

Schlepperbanden sind die Nutzniesser, die Kapital aus der Verzweiflung der Menschen schlagen; vor allem in jenen Gebieten wo aufgrund von Konflikt und Instabilität keine Strafverfolgung droht.

(Quellen: Text von UNHCR; Bild HUH, Gestrandetes Schiff in Lampedusa) ●

Asylgesuche in der Schweiz und Herkunftsländer

Im Jahr 2014 stellten 23'765 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch, 2'300 mehr (+ 10.7 %) als im Jahr 2013 (21'465 Gesuche). Da gleichzeitig in Europa die Zahl der registrierten Asylgesuche um rund 35 % von ca. 444'000 im Jahr 2013 auf rund 600'000 Gesuche im Jahr 2014 anstieg, sank der Anteil der Schweiz an den europaweit gestellten Asylgesuchen von 4.8 % im Jahr 2013 auf 3.8 %. Allerdings suchen in der Schweiz mit 3.0 Asylsuchenden auf 1000 Einwohner nach wie vor überdurchschnittlich viele Personen um Asyl nach. Eine höhere Quote weisen in Europa nur Schweden mit 8.4, Ungarn mit 4.4 und Österreich mit 3.4 Asylsuchenden auf 1'000 Einwohner auf. Der europäische Durchschnitt liegt bei 1.21 Asylsuchenden pro 1'000 Einwohner (Vorjahr 0.85).

Die Entwicklung der Asylgesuche im Jahr 2014 war stark geprägt von den zahlreichen Krisen und Konfliktherden rund um das Mittelmeer und auf dem afrikanischen Kontinent, welche zu einer ausserordentlich hohen Zahl von Anlandungen in Süditalien führten. Die Folge war, dass in Europa so viele Asylgesuche gestellt wurden wie seit Beginn der 1990er Jahre nicht mehr. Die Zunahme der Gesuche in der Schweiz fiel im Vergleich zu Gesamteuropa moderat aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) Asylgesuche von Personen aus Ländern mit einer tiefen Schutzquote nach wie vor prioritär und rasch entscheidet. Zusätzlich hat die Asylpraxis anderer europäischer Staaten zu gewissen Umlenkungseffekten innerhalb Europas beigetragen. Dies trifft insbesondere auf die vergleichsweise hohen Sozialleistungen für Asylsuchende in Deutschland und auf die grosszügige Aufnahmepraxis Schwedens für syrische Asylsuchende zu.

Wichtigstes Herkunftsland im Jahr 2014 in der Schweiz war Eritrea mit 6'923 Gesuchen. Dies waren 4'360 Gesuche mehr als im Vorjahr (+ 170.1 %). Diese Zunahme steht in einem direkten Zusammenhang mit der Entwicklung der Anlandungen in Süditalien. 2014 trafen dort rund 170'000 Bootsmigranten ein, viermal so viele wie 2013 (43'000). Der grösste Teil der ange landeten eritreischen (34'300 Personen) und syrischen Staatsangehörigen (42'300 Personen) wanderte rasch nach Mittel- und Nordeuropa weiter und stellte dort ein Asylgesuch. Die Schweiz war nach Deutschland und Schweden drittwichtigstes Zielland der eritreischen Asylsuchenden. In den Monaten Juni bis August 2014 beantragten jeweils über 1'000 Eritreer Asyl in der Schweiz. Höhepunkt war der Juli mit 1'480 Gesuchen. Ab September 2014 nahm die Zahl der in Süditalien ankommenden Migranten aus Eritrea rasch ab. In der Folge sank auch die Zahl der



in der Schweiz gestellten Asylgesuche. Im Dezember stellten noch 185 Eritreerinnen und Eritreer ein Gesuch in der Schweiz.

An zweiter Stelle der Herkunftsländer lag im Jahr 2014 Syrien mit 3'819 Gesuchen (+ 1'918 Gesuche, + 100.9 %). Wichtigste Ursache für diese Zunahme war, dass das Eidgenössische Justiz und Polizeidepartement (EJPD) im Herbst 2013 angesichts der dramatischen Lage in Syrien vorübergehend Visaerleichterungen für syrische Staatsangehörige mit Verwandten in der Schweiz erliess. Im Rahmen dieser Massnahme reisten bisher 4'224 Personen in die Schweiz ein. 3'062 dieser Personen stellten ein Asylgesuch, davon 2'370 im Jahr 2014, die übrigen bereits 2013, 892 weitere Personen wurden im Rahmen des Ausländergesetzes vorläufig aufgenommen.

Drittwichtigstes Herkunftsland war Sri Lanka mit 1'277 Gesuchen (+ 593 Gesuche, + 86.7 %). Diese Zunahme ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Schweiz nach der Verhaftung von zwei Rückkehrern (im Herbst 2013) und aufgrund der anhaltend schwierigen Situation in diesem Herkunftsland die Asylpraxis angepasst hat. Zudem verfügt die Schweiz im europäischen Vergleich über eine verhältnismässig grosse Diaspora.

Es folgten Nigeria mit 908 Gesuchen

(- 856 Gesuche, - 48.5 %), Somalia mit 813 Gesuchen (+ 209 Gesuche, + 34.6 %), Afghanistan mit 747 Gesuchen (- 145 Gesuche, - 16.3 %), Tunesien mit 733 Gesuchen (- 1004 Gesuche, - 57.8 %), Marokko mit 699 Gesuchen (- 369 Gesuche, - 34.6 %), Georgien mit 466 Gesuchen (- 187 Gesuche, - 28.6 %) und Kosovo mit 405 Gesuchen (- 293 Gesuche, - 42.0 %).

Der Rückgang bei Nigeria, Tunesien, Marokko, Georgien und Kosovo ist massgeblich darauf zurückzuführen, dass die Schweiz Asylgesuche aus diesen Ländern

prioritär behandelt und beschleunigte Asylverfahren (sogenannte 48-Stunden- und Fast-Track-Verfahren) durchführt.

Nebst Eritrea, Syrien, Sri Lanka und Somalia wurden noch für die folgenden Personengruppen Zunahmen um 100 oder mehr Gesuche festgestellt: Ukraine mit 208 Gesuchen (+ 167 Gesuche, + 407.3 %), "Ohne Nationalität" (dabei handelt es sich zum grossen Teil um Palästinenser und staatenlose Kurden, die im Syrien-Kontext vertrieben wurden) mit 309 Gesuchen, (+138 Gesuche, + 80.7 %) und Äthiopien mit 346 Gesuchen (+ 100 Gesuche, + 40.7 %).

Nebst Tunesien, Nigeria, Algerien, Marokko, Kosovo, Afghanistan und Georgien wurden für die folgenden Staaten Abnahmen um mehr als 100 Gesuche festgestellt: China mit 380 Gesuchen (- 295 Gesuche, - 43.7 %), Russland mit 173 Gesuchen (- 239 Gesuche, - 58.0 %), Guinea-Bissau mit 127 Gesuchen (- 165 Gesuche, - 56.5 %), Mali mit 177 Gesuchen (- 123 Gesuche, - 41.0 %), Guinea mit 235 Gesuchen (- 112 Gesuche, - 32.3 %), Senegal mit 188 Gesuchen (- 111 Gesuche, - 37.1 %) und Türkei mit 333 Gesuchen (- 104 Gesuche, - 23.8 %). (Text: Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Staatssekretariat für Migration (SEM). Bild: ZVG. ●

Informationskriege schränken Arbeit von Journalisten ein

Hans-Ulrich Helfer, Mitglied Reporter ohne Grenzen (RoG)

Die Rangliste der Pressefreiheit 2015 vergleicht die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien für den Zeitraum vom 15. Oktober 2013 bis 14. Oktober 2014. Die Schweiz liegt in diesem Jahr auf Platz 20, hält sich damit im oberen Mittelfeld der EU-Staaten.

In der Mehrzahl der 180 bewerteten Länder ist die Lage für Journalisten und unabhängige Medien im vergangenen Jahr schlechter geworden. Zu den wichtigsten Gründen zählt die gezielte Unterdrückung oder Manipulation der Medien in Konfliktregionen. Daneben missbrauchen viele Staaten den angeblich nötigen Schutz der nationalen Sicherheit, um Einschränkungen der Pressefreiheit durchzusetzen.

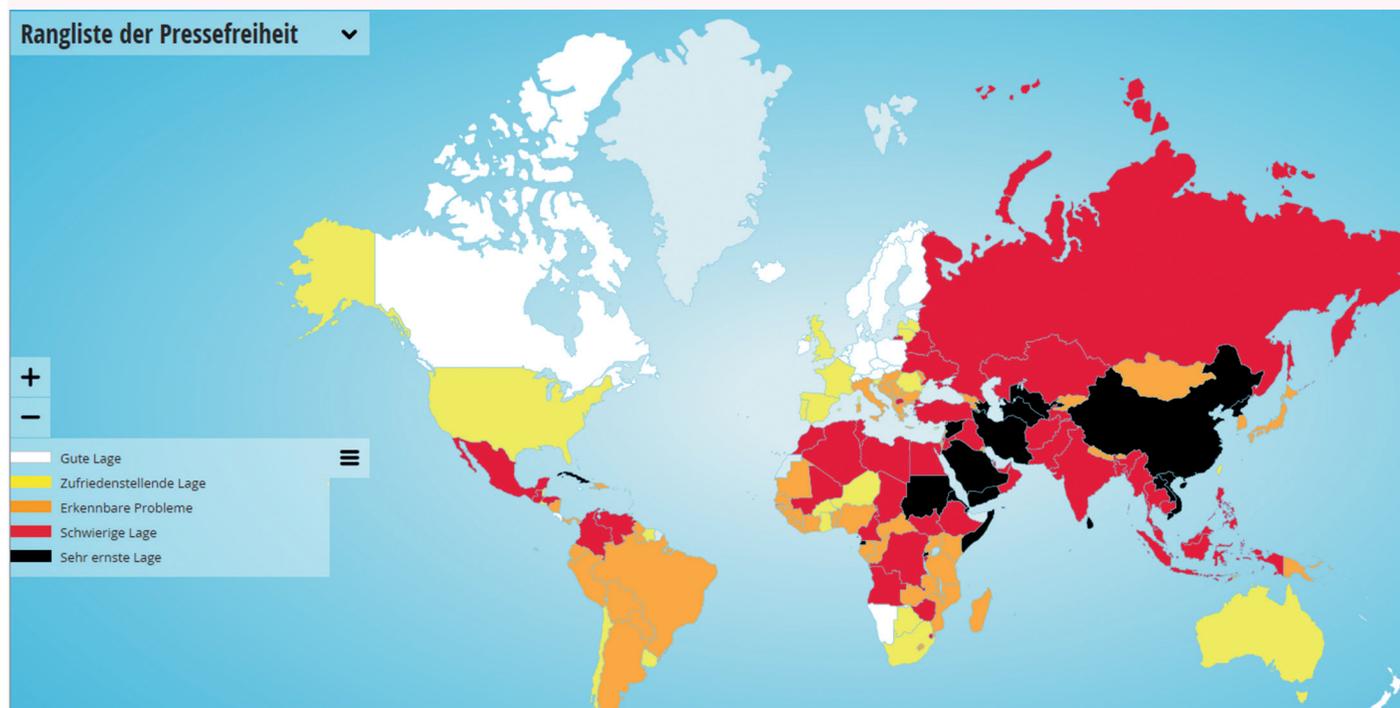
schwarze Nachrichtenlöcher wie in Teilen Syriens und des Irak, aus denen praktisch keine unabhängigen Informationen mehr an die Aussenwelt dringen.

Mächtige nichtstaatliche Gruppen, die keine unliebsamen Informationen dulden, sind in vielen Ländern eine tödliche Gefahr für Journalisten. Beispiele dafür sind Milizen wie der Islamische Staat in Syrien und dem Irak oder Boko Haram in Nigeria, verschiedene islamistische Gruppen in

zurufen - wodurch jede Kritik etwa an der Annexion der Krim kriminalisiert wird. Der „Schutz der Nationalen Sicherheit“ diente auch der Armee in Thailand nach dem Putsch im vergangenen Mai als Vorwand für umfassende Zensurmassnahmen und musste als Rechtfertigung für eine hohe Zahl willkürlicher Festnahmen von Journalisten in Ägypten herhalten.

Schweiz: Platz 20 von 180

In der Schweiz werden die in der Verfassung garantierten Rechte auf Pressefreiheit und Unabhängigkeit des Rundfunks geachtet. Besonders die Weitergabe von Bankgeheimnissen wird jedoch geahndet, selbst wenn es sich um Informationen zu Geldern aus Steuerhinterziehungen in anderen Ländern handelt. Die meisten Printmedien sind im Besitz weniger



Informationskriege

Viele der bewaffneten Konflikte des zurückliegenden Jahres wurden auch als Informationskriege geführt. Ausnahmslos versuchten die Konfliktparteien, Nachrichtenmedien als unabhängige Informationsquellen auszuschalten oder für die Zwecke der eigenen Propaganda einzuspannen. Die hohen Zahlen getöteter und entführter Journalisten in einigen dieser Ländern zeugen davon, wie unbequem Journalisten den Mächtigen dort als neutrale Beobachter sind - und wie skrupellos viele Konfliktparteien sie deshalb auszuschalten oder durch gezielte Angriffe abzuschrecken suchen. Die Folge sind

Libyen sowie Paramilitärs und kriminelle Gruppen etwa in Kolumbien und Mexiko. Auch in Brasilien werden immer wieder Journalisten ermordet, die über Themen wie Korruption berichten.

Nationalen Sicherheit?

Angebliche Bedrohungen der nationalen Sicherheit dienen in vielen Staaten als Rechtfertigung für Eingriffe in die Pressefreiheit und andere Grundrechte. Russland etwa verabschiedete unter dem Eindruck des Kriegs mit der Ukraine weitere repressive Gesetze, darunter eine Verschärfung des Verbots, öffentlich zur Verletzung der territorialen Integrität auf-

Medienhäuser, mehrere kleine Verlage mussten wegen dieser Übermacht in den vergangenen Jahren ihre Arbeit einstellen oder sich mit anderen zusammenschliessen. Aufgrund der Viersprachigkeit der Schweiz erscheinen sowohl Printmedien wie auch Radio- und Fernsehprogramme in der in ihrem Verbreitungsgebiet vorherrschenden Sprache.

Rangliste der Pressefreiheit

Reporter ohne Grenzen (ROG) veröffentlichte die Rangliste der Pressefreiheit 2015. Hier der direkte Link zur Rangliste: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste>

Schweizer Rüstungsprogramm 2015

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015 (Rüstungsprogramm 2015) zuhänden des Parlaments verabschiedet. Er beantragt den Eidgenössischen Räten mit dem Rüstungsprogramm 2015 die Beschaffung von drei Rüstungsvorhaben im Umfang von 542 Millionen Franken.

Die Vorhaben sollen dazu dienen, Material zu ersetzen, dessen Weiterverwendung aus technologischer und betriebswirtschaftlicher Sicht nicht mehr vertretbar ist. Die beantragten Rüstungsgüter sind auf die Weiterentwicklung der Armee ausgerichtet.

Der Bundesrat beabsichtigt drei Systeme zu ersetzen, die kurz vor ihrem Nutzungsende stehen: Das «Aufklärungsdrohnensystem 15» soll das «Aufklärungsdrohnensystem 95» ablösen. Dieses befindet sich seit rund 20 Jahren im Einsatz und basiert auf einem Technologiestand der Achtzigerjahre.

Der «Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 Neue Technologie» dient der realistischen Ausbildung gefechtsmässigen Verhaltens. Mit dem «Leichten Motorfahrzeug geländegängig für Fachsysteme» auf Basis des Mercedes-Benz G 300 CDI 4x4 will der Bundesrat das heutige Systemfahrzeug Steyr-Daimler-Puch 230 GE, das sich am Ende seiner Nutzungsdauer befindet, ablösen.

Aufklärungsdrohnensystem 15, 250 Mio. Fr.

Das Aufklärungsdrohnensystem 15 dient dem Erhalt der Fähigkeit zur Lage- und Zielaufklärung nach der Ausserdienststellung des Aufklärungsdrohnensystems 95. Die Lageaufklärung unterstützt die Entscheidungsfindung militärischer und ziviler Führungsorgane, die Zielaufklärung dient vor allem der Führung der Feuerunterstützung bei der Abwehr eines bewaffneten Angriffs. Die Beschaffung umfasst 6 Drohnen inklusive Bodenkomponenten, Simulator und Logistik.

Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 Neue Technologie, 21 Mio. Fr.

Mit Schiesssimulatoren sind Übungen auf Gegenseitigkeit möglich, die einen realitätsnahen Eindruck von Gefechts-situationen ergeben, ohne dass dabei scharf geschossen wird. Der mit dem Rüstungsprogramm 1993 beschaffte Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 hat die Gefechtsausbildung massgeblich



optimiert. Weil die Unterhaltskosten unverhältnismässig hoch sind und für den Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 keine Ersatzteile mehr beschafft werden können, wird er durch den Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 neue Technologie ersetzt. Die Beschaffung umfasst 500 Sets à 10 Schiesssimulatoren zum Sturmgewehr 90 Neue Technologie, inklusive Zubehör und Logistikelemente.

Leichtes Motorfahrzeug geländegängig für Fachsysteme, 271 Mio. Fr.

Mit dem Rüstungsprogramm 2014 wurde die Beschaffung von Mercedes-Benz G 300 CDI 4x4 Stationswagen für den Personen- und Materialtransport eingeleitet. Zusätzlich müssen die heute auf der Basis des Steyr-Daimler-Puch 230 GE vorhandenen Fahrzeuge für Fachsysteme (z. B. Funkfahrzeuge) abgelöst werden. Das neue leichte und geländegängige Motorfahrzeug für Fachsysteme basiert ebenfalls auf dem Mercedes-Benz G 300 CDI 4x4. Die Beschaffung umfasst insgesamt 879 Fahrzeuge: 679 Grundfahrzeuge Mercedes-Benz G 300 CDI 4x4, mit Kastenaufbau und 200 Stationswagen Mercedes-Benz G 300 CDI 4x4, fünftürig, inkl. der Integration der Fachsysteme und der Logistik.

Beschäftigung während 5 Jahren

Infolge der direkten Vergaben im Inland und der direkten oder indirekten Beteiligungen (Offset-Verpflichtungen) im Ausland können durchschnittlich 500 Personen während rund 5 Jahren beschäftigt werden. (Quelle Text und Foto Schiesssimulator: VBS)

Martin Sonderegger neuer Rüstungschef

Der Bundesrat hat an einer Sitzung den bisherigen stellvertretenden Rüstungschef, Martin Sonderegger, per 1. März 2015 zum neuen Rüstungschef ernannt. Der Rüstungschef ist zuständig für die Entwicklung, Evaluation, Beschaffung und Entsorgung von Systemen und Material der Armee und weiterer Kunden sowie für die Planung und Beschaffung von Immobilien des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS.

Der 56-jährige Martin Sonderegger, von Rehetobel AR und Ostermündigen BE, hat 1984 als Maschinen-Ingenieur HTL abgeschlossen. Er trat 1987 nach einer dreijährigen Tätigkeit in der Maschinenindustrie in den Dienst des Bundes. Von 1987 bis 1998 war Martin Sonderegger Projektleiter für gepanzerte Fahrzeuge, Minenwerfer und Panzerabwehrkanonen. Von 1998 bis 1999 führte er als Chef die technische Sektion Infanterie-, Flugzeug- und Flab-Waffen. Im selben Jahr wurde er Chef der Abteilung Infanteriewaffen und Munition sowie interner Projektleiter im Reorganisationsprojekt GR XXI, einem Teilprojekt im Projekt VBS XXI. Von 2004 bis Ende 2008 führte er die Geschäftseinheit Landsysteme und Munition. Vom 1.3.2008 bis 31.12.2008 leitete er zudem das Bundesamt für Waffensysteme, Fahrzeuge und Material als Direktor ad interim. Per 1.1.2009 übernahm Herr Martin Sonderegger die Funktion als Stellvertretender Rüstungschef und Leiter Kompetenzbereich Landsysteme. Seit dem Weggang von Herrn Ulrich Appenzeller leitet er als Stellvertretender Rüstungschef erfolgreich die Geschicke der armasuisse. In der Armee ist Herr Martin Sonderegger als Oberst i Gst in einem Armeestabteil eingeteilt.

News aus der eidgenössischen Verwaltung

Lage Terrorismus

Der Bundesrat hat eine Aussprache zur aktuellen Lage in der Terrorbedrohung durch Dschihadisten geführt und sich eine Übersicht über das Dispositiv zur Terrorbekämpfung in der Schweiz verschafft. Für die Schweiz liegen nach wie vor keine Erkenntnisse auf konkrete Bedrohungen und Anschlagpläne vor. Die Sicherheitsorgane bleiben verstärkt wachsam in Bezug auf neue Anzeichen. Zur Stärkung der präventiven Terrorismusbekämpfung schafft der Bundesrat beim Nachrichtendienst des Bundes NDB sechs zusätzliche befristete Stellen und unterstützt die Staatsschutzstellen der Kantone mit zusätzlichen Mitteln.

HOOGAN

fedpol betreibt seit August 2007 das elektronische Informationssystem HOOGAN. In HOOGAN werden Daten über Personen aufgenommen, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen im In- und Ausland gewalttätig verhalten haben. Seit Ende Juli 2014 wurden im Informationssystem HOOGAN neu 158 Personen erfasst. Gleichzeitig wurden 166 Personen aus dem System gelöscht. Das Total der in HOOGAN registrierten Personen beläuft sich per Ende Januar 2015 auf 1'477 Personen.

armasuisse

Der Bundesrat hat die am 5. September 2014 vom Chef VBS, Bundesrat Ueli Maurer, angekündigte Reorganisation der armasuisse genehmigt. Damit armasuisse ihr Kernge-



schäft stärken kann, wird swisstopo per 1. März 2015 neu als eigenständiges Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) direkt dem VBS unterstellt.

Sozialdienst der Armee

Im letzten Jahr hat der Sozialdienst der Armee (SDA) insgesamt 1,4 Millionen Franken an Angehörige der Armee in Rekrutenschulen und Wiederholungskursen sowie an Militärpatienten und Hinterbliebene ausbezahlt. Dies sind 170'000 Franken weniger als im Vorjahr, wie dem Jahresbericht 2014 des SDA zu entnehmen ist.

Sirenentest

In der gesamten Schweiz ist der jährliche Sirenentest durchgeführt worden. Eine erste Auswertung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS in 22 Kantonen zeigt, dass 98 Prozent der Sirenen einwandfrei funktionieren. Bei den übrigen Sirenen werden die festgestellten Mängel nun

behooben. Damit ist die rasche und zuverlässige Alarmierung der Bevölkerung bei einer Katastrophe sichergestellt.

Kinder anerkennen

Der Bundesrat befürwortet in seine verabschiedeten Stellungnahme die parlamentarische Initiative "Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen". Die Initiative verlangt, dass Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind, in einem erleichterten Verfahren eingebürgert werden können.

Stellen im Asylbereich

Der Bundesrat hat Ende 2014 entschieden, die finanziellen Mittel für die befristeten Stellen im Asylbereich im Bundesamt für Migration (BFM) zu verlängern. Auch im 2015 ist aufgrund der vielen Krisenherde auf der Welt ein Anstieg von Asylgesuchen zu erwarten. Um eine Zunahme der Pendenzen zu vermeiden, soll das

befristete Personal bis Ende 2016 weiterbeschäftigt werden.

Asyl-Bundeszentren

Die Standortplanung der neuen Bundeszentren, die für die Neustrukturierung des Asylbereichs erforderlich sind, nimmt Form an. Im Rahmen der Gespräche zur Planung der künftigen Bundeszentren hat der Kanton Freiburg dem Bund für die Verfahrensregion Westschweiz einen Standort vorgeschlagen. In Giffers wird der Bund ab 2017 ein Zentrum mit einer Aufnahmekapazität von maximal 300 Plätzen betreiben.

Zwangsmassnahmen

Seit Sommer dieses Jahres haben Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen bereits drei Millionen Franken erhalten. Soforthilfe erhalten Opfer, die heute mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Armee-Einsatz WEF

Die Armee hat den subsidiären Sicherungseinsatz rund um das Jahrestreffen des World Economic Forums 2015 (WEF) erfolgreich beendet. Die Luftwaffe verzeichnete keine einzige Regelwidrigkeit im eingeschränkten Luftraum über Davos. Sämtliche Aufträge in der Luft konnten jederzeit erfüllt werden. Durchschnittlich 4'488 Angehörige der Armee leisteten seit dem 13. Januar 2015 zu Gunsten des Kantons Graubünden einen subsidiären Sicherungseinsatz im Assistenzdienst. ●

Impressum

nd-ticker. ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

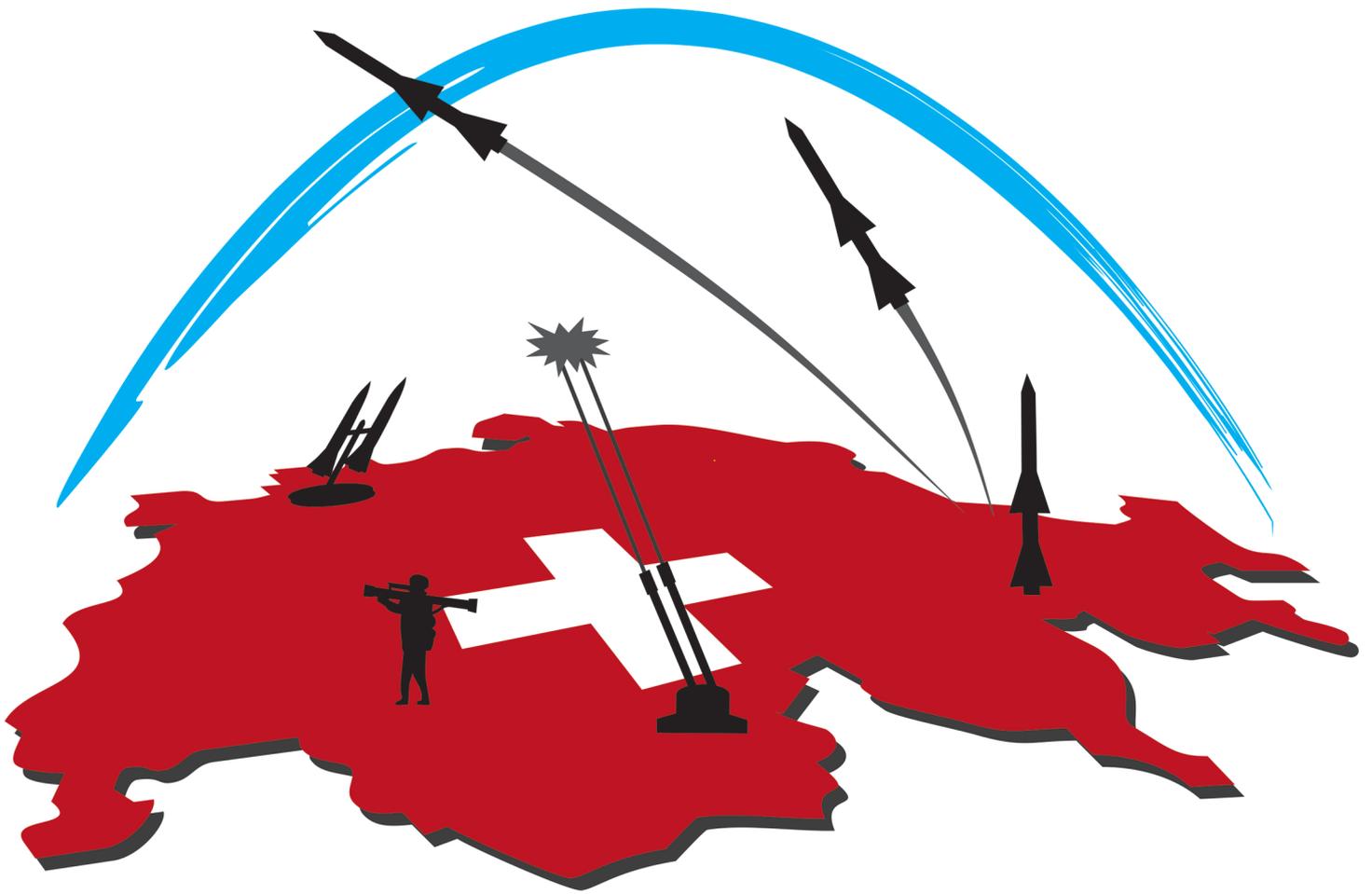
Layout, Website
Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise
Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Preise, Unterstützung
Website: www.nd-ticker.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 80-9017-3:
IBAN: CH55 0900 0000 8000 9017 3
Vermerk: „nd-ticker“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Die Zukunft der Schweizer Fliegerabwehr heisst BODLUV 2020

Wir informieren über die Notwendigkeit des Ersatzes der veralteten Flab.
Mit Ihrem Sponsor-Beitrag unterstützen Sie unsere Informationstätigkeit:
Postcheckkonto PC 85-773750-1 (IBAN: CH10 0900 0000 8577 3750 1)

Informationsgruppe PRO-Fliegerabwehr

Website: <http://www.PRO-Fliegerabwehr.ch>

Facebook: <https://www.facebook.com/PROFliegerabwehr>